



Pressemitteilung

Stellungnahme zur Entscheidung des Bundeskanzlers Friedrich Merz, zunächst keine Waffen nach Israel zu genehmigen

Am 8. August 2025, kündigte Bundeskanzler Merz überraschend an, keine Waffenexporte mehr an Israel zu genehmigen, soweit diese Waffen in Gaza eingesetzt werden könnten. Das angekündigte Teilembargo war die Reaktion auf den Beschluss des israelischen Kriegskabinetts, den Krieg noch weiter auszuweiten, Gaza City zu besetzen und die 1 Mio. Menschen, die dort zwischen den Trümmern hausen, zu vertreiben.

Die Forderung Deutschlands nach einem Waffenstillstand und einer besseren humanitären Versorgung der Menschen in Gaza kommt allerdings erst nach der Tötung von über 60.000 Menschen in Gaza; nachdem Hunderttausende lebenslang von ihren Verwundungen, durch Hunger verursachte Organschäden und durch Kriegstraumata ihr gezeichnet sein werden; nachdem Gaza fast vollständig zerstört wurde.

Nein, Herr Merz, wir nehmen Ihnen Ihr Entsetzen nicht ab. Im letzten Herbst hat Ihre Partei die deutsche Enthaltung bei der Abstimmung über eine Resolution in der UNO verurteilt, in der die Verbesserung der humanitären Situation in Gaza gefordert wurde. Im Februar dieses Jahres, längst nachdem der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) einen Haftbefehl gegen Netanjahu ausgestellt hatte, versprochen Sie ihm, im Falle eines Staatsbesuchs freies Geleit. Im Übrigen sind sämtliche EU Sanktionen gegen Israel immer wieder am deutschen Veto gescheitert.

Die Ankündigung von Merz lässt viel zu viele Fragen offen: Was ist mit Waffen, die in der Westbank eingesetzt werden? Was ist mit den Waffen, mit denen Israel in den letzten Monaten durch Angriffe auf die Nachbarstaaten die ganze Region zu destabilisieren drohte? Was ist mit dem deutsch-israelischen Drohnenprogramm?

In der Kieler Förde wird gerade das sechste U-Boot, das Israel bei Thyssen-Krupp in Auftrag hat und für das die Bundesregierung 30% der Kosten übernommen hat, erprobt. Am selben Tag, an dem Merz das Teilwaffenembargo ankündigte, erteilte die Bundesregierung die Exportgenehmigung. Die U-Boote können mit Atomwaffen bestückt werden. Israel besitzt Atomwaffen und ist bis heute nicht dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten.

Was immer die Motive für die Erklärung von Merz gewesen sein mögen – Druck aus Reihen des Koalitionspartners, die Ablehnung von Waffenexporten an Israel durch die Mehrheit der Deutschen, die zunehmende Isolierung Deutschlands innerhalb der EU – ein Kurswechsel in der deutschen Nahostpolitik zeichnet sich mit der Erklärung von Bundeskanzler Merz nicht ab. Die israelische Regierung wird auch diese Maßnahme aussitzen, so wie sie sich seit Jahrzehnten über UN-Beschlüsse und Urteile des Internationalen Gerichtshofes hinweggesetzt hat. Nur massiver Druck auf Israel wird den weiteren Völkermord und die Annexion der Westbank verhindern. Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V. fordert von der Bundesregierung:

- Sofortiger Stopp jeder militärischen Zusammenarbeit mit Israel: Das impliziert den Export aller Waffensystem wie auch von Dual-Use-Güter, Waffenimporte aus Israel sowie Kooperationen bei der Entwicklung von Drohnen;
- Stopp aller Transporte von für Israel bestimmte Waffen über deutsches Territorium, z.B. über den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein;
- Sofortige Aussetzung des Assoziierungsabkommens der EU mit Israel und Ausschluss Israels aus dem Innovationsprogramm „Horizon-Europe“. Deutschland muss endlich seine Rolle als Bremser innerhalb der EU aufgeben;
- Die Verhängung von Sanktionen gegen alle israelischen Personen und Institutionen, die die Annektionspläne der Netanjahu-Regierung in der Westbank und in Gaza unterstützen und oder sich an Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben;
- Unterstützung umfassender humanitärer Hilfe durch die UN- und internationale Hilfsorganisationen, finanzielle und politische Unterstützung der UNRWA. Die UN muss ungehinderten Zugang nach Gaza haben;
- Deutschland muss das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und den Staat Palästina gemeinsam mit Frankreich, Kanada, Japan und weiteren Ländern auf der UN-Vollversammlung im September anerkennen.
- Deutschland muss sich bereit erklären, den Wiederaufbau in Gaza zu unterstützen.
- Die Repression palästinasolidarischer Bewegungen in Deutschland muss ein Ende haben.

Verantwortlich:

Ivesa Lübben

Nazih Musharbash (Musharbash@dpg-netz.de)

Stand 12.08.2025